

Die 'Freiheit' erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug werden sämtliche Postanhalten Befreiungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 13.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neuangelegte Nonpareil-Gesetz über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Infanteriensteuer. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Infanteriensteuer. Verkaufte Ausgaben laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Verträge 3,75 M. netto per Zeile. Stellen-Verträge in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sonntag bringt die Entscheidung!

Wer soll herrschen? Bürgertum oder Arbeiterklasse?

In heissem Ringen wird um die Beherrschung der Einwohrigemeinde Berlin gekämpft. Ein Machtkampf ist es, den das Bürgertum herausgefordert hat. Es will jene Niederlage gutmachen, die es bei den ersten Wahlen erlitten hat. Die damals erlittene Niederlage der Arbeiterpartei soll beseitigt, der Einfluß der Arbeiterklasse gebrochen werden. In klarer Linie stehen sich die Fronten: Die Bürgertum — die Arbeiterklasse! Dieser Kampf ist ein politischer Kampf von entscheidender Bedeutung. Es handelt sich bei den heissen Bemühungen des Bürgertums nicht um die Abwehr, bessere Methoden der städtischen Verwaltung oder allgemeine Reformen der kommunalen Wirtschaft einzuführen. Das Bürgertum und seine Presse wie seine Flugblattfabriken hängen insgesamt, wenn sie von der Beseitigung einer „Mischwirtschaft“ als Ziel ihres Kampfes sprechen. Die neue, unter sozialistischem Einfluß stehende Stadtverwaltung kann nennenswerte Erfolge in ihrer kurzen Wirksamkeit haben. Die

Aber auch das ist noch nicht das höchste der bürgerlichen Ideale. Neuerdings richtet die Bourgeoisie ihre gierigen Blicke auf die Kommunalbetriebe. Man läßt, die Stadt sei nicht in der Lage, sie rationell zu bewirtschaften. Man läßt, die Wirksamkeit der gegenwärtigen Verwaltung sei schuld an den hohen Preisen für Gas, Elektrizität, Verkehr usw. Man will der Bevölkerung einreden, die kapitalistische Bewirtschaftung der Betriebe würde eine Besserung der Zustände herbeiführen. Das heißt: die zum Nutzen der Gesamtheit bewirtschafteten Anlagen sollen denen in die Hände gespielt werden, die durch ihren schamlosen Wucher der letzten Jahre reich geworden sind. Die aus der Kriegs- und Wirtschaftskrise der Klassen gewonnenen Milliarden sollen eine neue Position erwerben, sollen über tausenden von Arbeitern herrschen und die Bevölkerung ausbeuten.

Der Besitz der Gesamtheit soll Besitz weniger Ausbeuter werden

Der letzte Antrieb aber, der das Bürgertum zum Kampfe um die Stadtgemeinde reizt, ist die Angst um die politische Vorherrschaft des Bürgertums. Gerade die Erfolge der neuen Stadtverwaltung sind es, die den politischen Führern der Bourgeoisie schlaflose Nächte verursachen. Nicht die sogenannte „Mischwirtschaft“, sondern der sachliche Ernst und die sorgfältige Arbeit der neuen, unter sozialistischem Einfluß stehenden Verwaltung wirkt aufreizend auf das politische Schiedertum. Berlin ist die größte und komplizierteste, am schwierigsten zu leitende Gemeinde in Deutschland. Gelingt es einer sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit, die Wirtschaft dieses, durch das Bürgertum zerrütteten Gemeinwesens, zu einer Anstaltswirtschaft zu gestalten, dann ist ein

bedeutender Sieg der Arbeiterklasse

errungen, der zugleich eine vernichtende Niederlage des Bürgertums ist.

Das soll verhindert werden! Seit Monaten ist die Kommunalverwaltung in ihrer Initiative gelähmt, weil die bürgerliche Reaktion ihre schmutzigen politischen Geschäfte über die Interessen der Bevölkerung stellt. Struppellos wird dieses Interesse vorgewalligt, um dem Machstreben der Bourgeoisie zu dienen. Darum geht dieser Kampf. Und darum ist noch nie so erbittert und noch nie mit so niedrigen Mitteln vom Bürgertum um die Herrschaft in einer Kommune gekämpft worden.

Die Arbeiterschaft muß diese Bedeutung der Wahlen begreifen. Sie muß ihre ganze Kraft einsetzen, um zu siegen und ihren Feind entscheidend zu treffen. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle Kollektanden und Unterdrückten werden deshalb zum 16. Oktober

Alle Stimmen für die Liste der U.S.P.

Der Sinn der Hehe

Bei jedem, der die bürgerliche Presse verfolgt, muß sich mehr und mehr der Eindruck festsetzen, daß den bürgerlichen Parteien Oberschlesien an sich viel weniger wichtig ist, als die durch die Genfer Entscheidung eröffnete Möglichkeit, das Kabinett Wirth zu kürzen und durch eine Regierung zu ersetzen, die größeres Verständnis für die „nordischen Belange“ und mehr Energie in der Wahrnehmung des deutschen Standpunktes gegenüber der Entente aufbringt. Die Organe der äußersten Rechten, die „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“ und „Tägliche Rundschau“ führen natürlich den Reigen. Durch ihre Spalten heult der Ruf nach der Beseitigung Wirths, dem in immer neuen Wendungen absolute Unfähigkeit und von dem berühmten Herrn Stadler außerdem noch eine abgrundtiefe Unehrlichkeit nachgesagt wird. Sein ganzes Handeln entbehre der Aufrichtigkeit, und um an dem verhassten Minister auch nicht ein einziges gutes Haar zu lassen, setzt Herr Stadler zu allem Ueberflus noch auseinander, daß auch der Pazifismus, den er zur Schau trage, innerlich unwahrhaftig sei, da er doch für Schupo usw. eine tiefe Vorliebe hege. Der eifrige Kritiker läßt ganz außer Acht, daß eine Unaufrichtigkeit auf diesem Gebiete doch eigentlich im Sinne der Nationalisten liegen müsse. Es soll eben aus jeder Blüte Honig gesaugt werden.

Wie immer in kritischen Zeiten setzt zur Verstärkung der Attacke auch jetzt wieder ein wohlorganisiertes Depeschemskur ein. Der deutsche Ausschuss Oberschlesiens und die deutschen Parteien Oberschlesiens senden lange Telegramme. Sie enthalten große Worte von der Unerträglichkeit der in Genf gefundenen Lösung, die man natürlich in Oberschlesien noch ebenso wenig authentisch kennt, wie in Berlin. Die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der „rechts- und vernunftwidrigen Entscheidung“ wird gefordert, und deutscher Ausschuss, wie Demokraten und Zentrum bezeichnen den Rücktritt des Kabinetts als selbstverständliches Gebot der Stunde.

Aber auch die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens will nicht zurückbleiben. Sie kann sich nicht entschließen, den Telegraphenbrat den anderen allein zu überlassen. Sie muß ihre Dummheiten mitmachen und richtet an den sozialdemokratischen Parteivorstand das dringende Ersuchen, „die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der ober-schlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.“ Während die sozialdemokratischen Führer in Berlin und die Sozialdemokraten im Kabinett, wie es scheint, bemüht sind, den bürgerlichen Treibern einen gewissen Widerstand entgegen zu setzen, lassen sich ihre Anhänger in Oberschlesien von den kapitalistischen Reaktionen für ihre sehr durchsichtigen Zwecke mißbrauchen.

Wenn wir nur erfahren könnten, was denn nun eigentlich mit einem Kabinettswechsel im Sinne der Rechten gewonnen sein soll! Es ist und bleibt immer dasselbe: großes Aufreißern und drohende Gesten, aber nicht der geringste Versuch, die Grundlinien einer Politik zu umreißen, die Deutschland in eine bessere Situation bringen könnte. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ der über die fühle Aufnahme spottet, die die deutsche Demarche in Paris und London gefunden haben, entfährt eine interessante Feststellung. „Die Entente“, so sagt er, „kann sich schon zutrauen, mit jeder deutschen Regierung fertig zu werden, sie möge sich zu ihren Machtgeboten stellen, wie sie will.“ Das ist sehr richtig. Aber wir erlauben uns die Frage zu stellen, was unter solchen Umständen das Geschehene nach einem Regierungswechsel für einen Sinn haben soll, zumal da man inzwischen ja auch eingesehen hat, daß die auf England gesetzten Hoffnungen sich nicht verwirklichen lassen. Wirth, so hieß es, stehe zu sehr unter dem Einfluß Frankreichs. Deutschland müsse, um aus seinen Schwierigkeiten herauszukommen, in England Anlehnung finden. Nun hat der Minister des Auswärtigen — es ist noch nicht ganz ausgeklärt, in Uebereinstimmung mit dem Kanzler oder ohne seine vorherige Befragung — den Versuch gemacht, die Unterfütterung der Londoner Regierung zu gewinnen. Er wurde deshalb von den Parteien, die eine mehr englisch orientierte auswärtige Politik verlangen, sehr gelobt. Aber in London ist die deutsche Anregung mit einem Achselzucken aufgenommen worden: die Entscheidung liegt beim Völkerrundrat, und ihr werde sich auch die englische Regierung fügen.

Also noch einmal: Was soll mit einem Kabinettswechsel für Oberschlesien und für unsere internationale Lage erreicht werden? Da wir keine auch nur einigermaßen einleuchtende Antwort erhalten, bleibt nichts anderes als der Schluß, daß die Aufspaltung der sogenannten vaterländischen Instinkte nur innerpolitische Zwecke verfolgt. Alle bürgerlichen Kräfte sollen unter dem nationalen Banner vereinigt werden, und wenn die

Die Zukunft Oberschlesiens Das Gutachten fertiggestellt

Genf, 12. Oktober.

H. I. B. meldet: Das Gutachten des Völkerrundrates über die ober-schlesische Frage ist nunmehr fertiggestellt und wird noch heute abend an den Obersten Rat abgehen. Die privaten Verhandlungen über die Grenzlinie in Oberschlesien sind bisher vom Völkerrundratssekretariat demontiert worden. Es bestätigt sich vielmehr, daß die gestern übermittelten Angaben des Volksbüreaus im allgemeinen zutreffen. Der Rat schließt heute seine Seneser Tagung ab, nachdem er heute vormittag noch eine lange Vollversammlung abgehalten hat. Heute nachmittag sollen noch einige Besprechungen stattfinden und im Laufe des Abends werden die meisten Ratmitglieder Genf verlassen, falls nicht noch unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, was nicht wahrscheinlich ist. Von einer öffentlichen Sitzung, die in Anwesenheit des Sekretariats gewünscht wurde, will man absehen, dagegen wird das Informationsbureau des Völkerrundrates, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, heute abend eine längere Mitteilung über den Verlauf der Tagung ausgeben, die jedoch keinerlei Angaben über die Lösung selber enthält. Der Oberste Rat h.m. die Volkshauptkonferenz sollen morgen zur Prüfung des Gutachtens des Völkerrundrates in Paris zusammentreten. Es sollen gleichzeitig die notwendigen Polizeimaßnahmen in Oberschlesien getroffen werden. Wenn alle diese Vorbereitungen beendet sind, wird das Gutachten des Völkerrundrates als Beschluß des Obersten Rates veröffentlicht werden. Man rechnet damit, daß diese Veröffentlichung am Sonnabend oder am Sonntag gleichzeitlich in den Ententehauptstädten und in Genf erfolgt.

Erklärung der Regierung

Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.)

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerrundrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen Nachrichten entnehmen läßt, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise verfuhr hat, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage tretenden Willensäußerung der ober-schlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.

Tressen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergeßlichkeit und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein; dem deutschen Wirtschaftsförder würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler: Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist so ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschnend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reichs übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt.

Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

(Siehe auch 2. Seite.)

Wie kann die Kartoffelversorgung gesichert werden?

Einführung des Umlageverfahrens für Kartoffeln notwendig

Überall sind in den letzten Wochen die Preise für die Kartoffeln sprunghaft in die Höhe gegangen und hat sich die Versorgung dauernd verschlechtert. Die Erregung unter der Bevölkerung über diese Zustände ist im Wachsen begriffen. Bittere Sorge erfüllt die Familien der minderbemittelten Bevölkerung, ob sie in den nächsten Wochen und Monaten überhaupt noch in der Lage sein werden, dieses unentbehrliche Nahrungsmittel zu kaufen.

Als die Kartoffelbewirtschaftung aufgehoben wurde, da versichert man, daß die Preise gar nicht oder nur wenig steigen würden, die Bevölkerung brauche keine Sorge um die ausreichende Beseitigung zu haben. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Preise sind unablässig gestiegen, ihr Steigen hat alle Befürchtungen übertrifft. Der große Mangel in den Städten und

die trüben Aussichten für die Winterversorgung

lassen viele wiederum zu dem Mittel zurückgreifen, das sie in früheren Jahren benutzt haben: mit Rucksaack und anderen Mitteln auszureisfen, wandern sie in die Erzeugungsländer und holen sich dort ihren Bedarf.

Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Ernte glänzend ist. Von einem Kartoffelmangel kann gar keine Rede sein. Die heimische Ernte im Zusammenhang mit der Einfuhr, die wir stets gehabt haben, reicht durchaus hin, um den Bedarf zu decken. Als die Ursache der jetzigen Preissteigerung und der Störung in der Zufuhr wird jetzt der Mangel an Waggonen angesehen. Die Eisenbahnverwaltung habe in dieser Beziehung vollkommen versagt. Diese Darstellung, die von den Interessenten kommt, ist aber sehr wenig stichhaltig. Selbst wenn die Wagongestellung so schlecht wäre, wie behauptet, so würde sie zwar die mangelnde Zufuhr, nicht aber die hohen Preise erklären. Die hohen Preise haben mit der unzureichenden Wagongestellung nichts zu tun. Ganz so ist auch, wie es in einer Darstellung der „Wirtschaftlichen Zeitung“ heißt, daß die Landwirte über diese Preissteigerung, die ihrer Tasche zugute kommt, keineswegs bedauert werden. In Nr. 29 der Zeitung, der „Brandenburgische Landbund“, heißt es ausdrücklich:

„Der Bauerwert ist außerordentlich, die Preise zu hohen. Sie müssen sich den Weltmarktpreisen anpassen. Gibt der Bauerwert billiger ab, so hat der Großhandel höheren Verdienst.“

Und wie richtig es ist, daß die Landwirte die hohen Preise nicht als ein Unglück betrachten, das muß der bereits zitierte Artikel der „Wirtschaftlichen Zeitung“ am Schluß selber gegeben. Es heißt dort:

„In landwirtschaftlichen Kreisen glaubt man jedoch nicht, daß jetzt bei nachdrücklicher Unterstützung der Eisenbahnverwaltung die augenblicklich hohen Preise wieder heruntergebrückt werden können.“

Das System des freien Handels hat schamlos bankrott gemacht.

Es ist nicht anzunehmen, trotzdem die Kartoffelerzeugung ausweichend ist, die Bevölkerung ordnungsgemäß zu versorgen. Das gegenwärtige Schwereitungsproblem ist nicht wohlbergehender Art, sondern sie sind begründet in den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen. Auch bei den Nahrungsmitteln, die in ausreichender Menge im Inlande erzeugt werden, führt die Geldentwertung zu einer dauernden Steigerung der Preise. Wie es deshalb bei dem freien Handel, dann ist mit zunehmender Geldentwertung ein noch weiteres Steigen der Kartoffelpreise unausweichlich. Ein solcher Zustand aber wäre für die Masse der Bevölkerung unerträglich. Sie ist jetzt bereits in ihrer Lebenshaltung schwer bedrückt. Millionen Menschen ringen mühsam um die Anschaffung eines Daseins. Wird ihnen das durch das fortgesetzte Steigen der Preise für eines der wichtigsten Lebensmittel unmöglich gemacht, sind Anzeichen unausweichlich. Schon sind Anzeichen dafür aus Rheinland-Westfalen, dem am meisten bedrohten Gebiet, gemeldet. Die Mahnungen zum Eingriff sammeln nicht nur aus

den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft. Die Erregung in der Bevölkerung ist allgemein. Ungläubige Notrufe auch aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, der Angestellten und Beamten sind der Regierung zugegangen. Schlägt sie sie achlos in den Wind,

trifft sie die volle Verantwortung für alle Folgen.

Von mehreren Seiten ist die Festsetzung von Höchstpreisen verlangt worden. In einigen Gegenden ist sie auch erfolgt. Wo es sich um Erzeugergebiete handelt, die ihren Bedarf aus eigenem zu decken vermögen, sind Höchstpreise unter Umständen ein zweckmäßiges Mittel. Anders liegen jedoch die Dinge, wenn mit den Höchstpreisen eine Absperzung der Erzeuger von den Verbrauchergebieten verbunden ist. Dann sind die Nachteile für die städtischen Verbraucher bei diesem System erheblich und gefährlich. Dann führen Höchstpreise zur Abschichtung der Erzeugergebiete zur Zurückhaltung der Ware vom Markt und zu drückendem Mangel in den Verbrauchergebieten. Höchstpreise, das ist eine alte Erfahrung aus der Kriegswirtschaft, treiben die Ware in den Schleichhandel, sofern nicht mit der Festsetzung von Höchstpreisen auch die Erfassung der Ware eintritt.

Deshalb ist notwendig die Zwangsverfassung derjenigen Vorräte an Kartoffeln, die für die Sicherstellung der Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlich sind. Die Möglichkeit hierzu ist durchaus gegeben. Jedem Landwirt muß die Ablieferung eines bestimmten Teiles seiner Ernte zu Höchstpreisen gesetzlich vorgeschrieben werden. Nur wenn das geschieht, wird die Bevölkerung vor dem Verhungern und vor der wucherischen Ausbeutung geschützt werden können. Daß die Höchstpreise dabei eine mäßige Höhe nicht übersteigen dürfen, ist selbstverständlich. Wir fordern deshalb von der Reichsregierung, daß sie sofort einen Gesetzentwurf vorlegt, der ähnlich wie beim Getreide, die Einführung eines

Umlageverfahrens für Kartoffeln

vorseht. Das Umlageverfahren für Getreide haben wir bekämpft, weil es den Erfolg für die noch bestehende Zwangswirtschaft darstellte und den Übergang zu hohen Preisen fördern sollte. Bei Kartoffeln aber herrscht gegenwärtig der freie Handel, das heißt die unbeschränkte Wucherfreiheit. Um sie einzudämmen, ist die Rückkehr zu einer geregelten Versorgung notwendig. Sie muß erfolgen, wenn die Bevölkerung vor dem Verhungern geschützt und Hungerrevolten vermieden werden sollen. Und sie kann erfolgen, wenn ähnlich dem Umlageverfahren bei Getreide ein Umlageverfahren für Kartoffeln eingeführt wird, das die Erzeuger, die Kommunalverbände und die Länder für ordnungsgemäße Lieferung haftbar macht.

In Preussischen Landtag ist von der deutschnationalen Fraktion eine Anfrage über die Kartoffelversorgung der Bevölkerung im kommenden Winter eingebracht worden, die die Reichsregierung um Mitteilung ersucht, ob sie bereit ist, die Bevölkerung über die Möglichkeit der Versorgung im ganzen Wirtschaftsjahr anzuklären, umfassende Maßnahmen gegen eine etwaige Verschiebung von Kartoffeln in das Ausland zu treffen, ausreichende schnelle Wagongestellung in den hauptsächlichsten Kartoffelerzeugungsländern zu veranlassen und eine Verbilligung der Frachten für Kartoffeltransporte herbeizuführen.

Diese Anfrage ist echt deutschnational. Was nützt der Bevölkerung die Aufklärung? Sie will satt werden. Und sie will nicht die Wucherpreise bezahlen, die Handel und Landwirte ihr abverlangen. Davon aber sagt die deutschnationale Anfrage nichts. Verbilligung der Frachten aber bedeutet noch nicht Verbilligung der Kartoffeln. Sie schließt die Gefahr einer erneuten Preisgabe an die Landwirte ein. Um der Kartoffelpreissteigerung und der Kartoffelnot zu begegnen, gibt es nur das eine Mittel: Einführung eines Umlagezwangsverfahrens.

Landbund und Lieferstreik

Von einem Landwirt wird uns geschrieben:
Zu früh hat der Brandenburgische Landbund den Schaden gemacht, den er mit seiner Lieferstreikparole auch innerhalb seiner Gefolgschaft angerichtet hat. In welcher Verlegenheit er sich selbst geraten sieht, geht aus seinem wörtlichen Eingeständnis hervor („Der Brandenburgische Landbund“, Nr. 40). Die Stellung des Brandenburgischen Landbundes in der Streikfrage nicht nur von der linksliberalen Presse, sondern auch in weiten Kreisen der Landwirtschaft, besonders außerhalb der Provinz Brandenburg mißverstanden ist.“ Wohlwollend in den letzten Kreisen der Landwirtschaft! Die Sache des Brandenburgischen Landbundes muß also sehr schlecht stehen. Aber er selbst verschlechtert sie in seiner Verlegenheit noch mehr. Er bringt in den letzten Nummern seines Organs an leitender Stelle gleich zwei Artikel über Lieferstreik in der offensivsten Absicht, die gleich vom Kopf gestrichen, dem Streik grundsätzlich abholden Landwirte wieder ins Schlepptau zu bekommen. Dieser Versuch bietet keine Aussicht auf Erfolg, da er mit zu häufigen Mitteln unternommen wird. Denn von einem Mißverständnis kann keine Rede sein, sondern bei jenen weiten Kreisen beginnt endlich die Erkenntnis des auch für sie verderblichen Zieles der Führung des Landbundes, auch wenn derselbe wieder einmal das auch den einfältigsten nicht mehr gruseligmachende Gespenst von der bösen Linken an die Wand malt, deren heftigste Agitation durch das Mißverständnis gestützt würde.

Ebenso dürftig, ja Überzeugungswidrig ist die sonstige Argumentation des Landbundes, um sich von der Skrupellosigkeit seiner Propaganda für den Lieferstreik reinzuwaschen.
Einmal beklagt er sich darüber, daß jeder Streik der linksstehenden Angestellten und Arbeiter als etwas Selbstverständliches hingenommen, dagegen seine Erklärung, der ländliche Lieferstreik sei in letzter Linie das „einzige Mittel, um der Landwirtschaft im Staate zum Wohl des Volksganges die für ihre Existenz notwendigen Vorbedingungen zu schaffen und zu erhalten“, auf das entschiedenste verurteilt würde. Er nimmt aber damit nur denselben Standpunkt ein, den er dem Gegner zum Vorwurf macht, denn er dreht die Sache einfach um und sagt, daß zwar der Streik, beispielsweise der Arbeiter in den Berliner Elektrizitätswerken, wegen seiner verderblichen Folgen etwas ganz Ungeheuerliches sei, daß aber die Landwirtschaft — selbstverständlich — auf den noch ganz anders unheilvollen Lieferstreik nicht verzichten könne. In all den Fällen, in denen ihre Existenz und damit die Existenz des deutschen Volkes auf dem Spiel stünde.“

Landbändlerische Logik und Demagogie laufen sich bei dem ausgesprochenen Verstehen den Gang ab, das Wohl des Volksganges und die Existenzfrage des deutschen Volkes da vorzunehmen, wo es sich lediglich um nacktes agrarisches Profitinteresse handelt. Und sollte nicht der Arbeiter-

streik ihm der Verbraucherschaft das recht sein dürfen, was der Landwirtschaft billig ist?
Des weiteren sucht der Landbund das angebliche Mißverständnis zur Ablenkung vom wahren Sachverhalt benutzend, sich mit der ebenso anaufrichtigen wie von vornherein vorbezielungen Taktik zu helfen, daß er den Gedanken, den Streik als Angriffswaffe überhaupt und als solche gegen die „die Existenz der Landwirtschaft bedrohenden steuerlichen Maßnahmen“ empfehlen zu wollen, weit von sich weist. Das Streikmittel solle lediglich als äußerste Maßnahme gegen die die Existenz der Landwirtschaft bedrohenden Gefahren dienen. Ob diese leeren Worte auf die verschleppte ehemalige Anhängerstreife oder auf sonst jemand irgendwelchen Eindruck zu machen vermögen, bleibt zum mindesten zweifelhaft.
Denn allenfalls hätte der Landbund sagen müssen, wie er Angriff und Abwehr genau abgrenzen will. Ebenso unbestreitbar wie ein Angriff nie ohne weiteres erfolgt, sondern immer nur auf das gegnerische Verhalten zurückzuführen ist, ebenso leicht ist es, ihn als Abwehrmaßnahme gegen jenes zu bezeichnen. Man wird sich des Mißverständnisses der Landwirte im Kreise Königsberg, Nm., vor etwa Jahresfrist erinnern, lediglich weil ihnen ihr Landrat nicht paßte. Befanden sich da etwa die Landwirte, die gewissenlos genug waren, den Kindern und Kranken in der Stadt die diesen unentbehrliche Milch vorkuscheln, in der Abwehr?

Oder wenn man als weiteres Beispiel die provokatorische Kampfesweise der beiden märkischen Landbündnisse, der Herren von Oppen, Hans Tornow (Kreis Oberbarnim) und von Brodhagen-Langen (Kreis Ruppin) betrachtet, will man da den aggressiven Charakter bestreiten und noch von einer Defensiv sprechen?

Der Brandenburgische Landbund hat in den beiden von ihm zitierten Sätzen sich anheißig gemacht, das Wohl des Volksganges und das Existenzinteresse des deutschen Volkes mit der Profitlust extremer Landbändler zu identifizieren; er hat durch seine programmatische Lieferstreikparole und seine ganze auf die Auspoierung der Verbraucherschaft hinzielende Kampfesart sein wahres Gesicht zu deutlich enthüllt, als daß er sich durch Sophisterei und noch so gewundene Darlegungen aus der Affäre zu ziehen vermöchte. Er sei versichert, daß er die Ausführung des Lieferstreiks gleichgültig ob er ihn als Angriffs- oder Abwehrmaßnahme bezeichnet, zu bereuen haben würde.

Schutz für die Sozialrentner

Die Unabhängige Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:
Durch die überaus große Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, insbesondere durch das weitere Heraufschrauben der Kohlenpreise, ist die Not der Sozialrentner und ihrer Familien auf das höchste gestiegen. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

- Die Staatsregierung wird beauftragt, umgehend
1. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden zwecks eines beschleunigten Erhöhung der Sozialrenten,
 2. sich zunächst dafür einzusetzen, daß den Rentenempfängern sofort eine Beschaffungsbeihilfe von mindestens 1000 Mark gewährt wird.

Eine Bieridee

Betriebsumstellung in einem Versorgungslazarett

Das Versorgungskrankenhaus Spandau gehört zu den Lazaretten, die dem Versorgungswesen zwecks Unterbringung von behandlungsbedürftigen Kriegsinvaliden zur Verfügung stehen. Das gesamte Versorgungswesen und damit auch die Bewirtschaftung der Versorgungskrankenhäuser untersteht dem Reichsarbeitsminister.

Dieser richtete am 18. August an das Versorgungskrankenhaus Spandau folgende Verordnung:

„Das Versorgungskrankenhaus Spandau wird als dauernd beizubehaltendes Beobachtungs-Krankenhaus für den dortigen Bereich bestimmt. Wegen seines Etats an Beamten bleibt Bestimmung vorbehalten.“

Diese so harmlos klingende Verordnung bereitet einen Schritt vor, der für das Personal des Krankenhauses von entscheidender Bedeutung ist. Die Umstellung des Versorgungskrankenhauses in ein dauernd beizubehaltendes Beobachtungs-Krankenhaus bedeutet eine einschneidende Umstellung des gesamten Betriebes, durch die zahlreiche Arbeitskräfte, — wie uns mitgeteilt wird, etwa ein Drittel der jetzigen Belegschaft an Pflege- und sonstigem Personal — überflüssig werden. Dazu kommt, daß die gegenwärtig dort beschäftigten Angestellten bei der Umstellung durch Beamte ersetzt werden, weil das jetzt als Provisorium bestehende Versorgungskrankenhaus zur Dauereinrichtung der Versorgungsbehörden gemacht werden soll. Der Schritt des Reichsarbeitsministers bedroht mithin eine große Anzahl von Angestellten mit Erwerbslosigkeit.

Die Instanzen, die die Umstellung durchzuführen haben, haben vorausgesehen, daß eine derartige Maßnahme auf den Widerstand der Angestellten stoßen wird. Sie geben daher die Absicht kund, diesem Widerstand von vornherein durch einen Schachzug zu begegnen, der den Herren sehr klug zu danken scheint. Eine Versammlung dieser Instanzen, die am Donnerstag, den 22. September, stattfand, und von einem Bierabend begleitet war, beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Das Ergebnis des gemächlichen Besprechens war die Bieridee, daß man das Versorgungslazarett während der Umstellung schließen und nach Erledigung der erforderlichen Maßnahmen als Beobachtungs-Krankenhaus wieder eröffnen will.

Es handelt sich also hier um eine Maßnahme, die, wenn sie in einem industriellen Unternehmen erfolgen soll, nur nach Rücksprache mit den Verwaltungsbehörden und dem üblichen Insprechens mit den Betriebsvertretungen vor sich gehen darf. Es handelt sich um eine mit Schließung des Betriebes verbundene Betriebsumstellung, bei der Arbeitskräfte freigesetzt werden, also um einen Vorgang, der nach der Verordnung vom 8. November 1920 in einem industriellen Betrieb nicht mehr eigenmächtig vom Unternehmer selbst durchgeführt werden soll. Darüber, daß in solchen Fällen geschwäftig verfahren wird, hat der Reichsarbeitsminister als höchste Instanz zu wachen.

Und nun ereignet sich im Bereich der Betriebe, die dem Reichsarbeitsminister selbst unterstehen, etwas, was durchaus gegen die in Frage kommende Gesetzgebung verstößt. Will der Arbeitsminister zugeben, daß die ihm unterstellten Instanzen des Versorgungswesens, die hier am Werke sind, den industriellen Unternehmern ein Beispiel dafür geben, wie man die Bestimmungen des Reichsarbeitsministers umgehen kann? Will er sich der Gefahr aussetzen, daß ein Unternehmer, der einen ähnlichen Streich vollführt, im Falle des Einspruchs des Arbeitsministers diesen hohnlachend auf ein solches geschwäftiges Vorgehen der dem Arbeitsminister nachgeordneten Behörden verweist?

Noch mehr: es liegen Anzeichen dafür vor, daß bei der Umstellung eine Einigung des Personals des jetzigen Versorgungskrankenhauses Spandau vorgenommen werden soll. Auch das war für die Herren, die auf jenem Bierabend beisammen waren ein Grund, die Betriebsvertretungen bei der Regelung der ganzen Angelegenheit bisher zu übergehen. Selbst auf Anfragen der Betriebsvertretungen, des örtlichen Betriebsrates sowohl, wie des Bezirksbetriebsrates, haben die verantwortlichen Stellen nur ausweichende oder gar brüskierende Antworten erteilt, aus denen deutlich zu entnehmen ist, daß ihr eifrigstes Bemühen darauf gerichtet ist, jeder Einwirkung des Betriebsrates auf die Angelegenheit auszuschalten.

Kurz: Was gedenkt der Herr Reichsarbeitsminister zu tun, um den eigenen Geboten im eigenen Hause Geltung zu verschaffen.

Ausgeschlossen!

Druckfache
Um die
Sauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G 2
Brette Straße 8-9

Preiswerte Zigarren
 Sumatra Sandblatt s. 80 Pf.
 Pierrot rehs. Detarw. Stück 1,00
 Valencia assortiert. Stück 1,20

Lebensmittel

In unserem Hause, Vanderplatz
 Abt. Frische Waren
 Hyazinthen-Zwiebel 2,50, 3,50, 4,50
 Tulpen-Zwiebeln 1,00, 1,50
 Crocus-Zwiebeln 0,60
 Gr. Auswahl in Kentien (Zimm.-Palm)

Gänse 12⁰⁰ 14⁰⁰
 Oderbruch. Gänse Pfd. 15⁰⁰
 Gänsefückenfleisch Pfd. 12⁰⁰
 Gänsekeulensfücken Pfd. 17⁰⁰
 Hirschfleisch Pfd. von 6⁵⁰ an
 Hasen (entweid) Stk. von 35⁰⁰ an
 Gefr. Kaninchen Pfd. 4⁰⁰

Frisches Fleisch
 Lalaiger Strasse Alexanderplatz
Fettes Hammel-Vorderfleisch Pfd. 9⁰⁰
Hammelfücken Pfd. 10⁰⁰ | **Kalbskamm** Pfd. 10⁵⁰
Hammelfücken Pfd. 11⁰⁰ | **Kalbskeulen** Pfd. 12⁰⁰
Schmorfleisch auf Knochen Pfd. 10⁵⁰ | **Schabefleisch** Pfd. 13⁰⁰
Hammelfleisch ohne Knochen 6⁵⁰ | **Rinderkamm** 7⁰⁰ | **Rinderbrust** 7⁵⁰

Rotkohl Pfd. 70 Pf.
Weisskohl Pfd. 80 Pf.
Spinat Pfd. 60 Pf.
Sellerie Pfd. 1⁰⁰
Zwiebeln Pfd. 90 Pf.
Essbirnen Pfd. 1⁰⁰
Essäpfel Pfd. 2⁰⁰

Rinderfett 1-Pfd.-Tafel 14⁵⁰
Kokosfett 1-Pfd.-Tafel 15⁰⁰
Tafelmargarine Pfd. 15⁰⁰
Margarine alterfeste, 1/2 Pfd. 8⁰⁰
Preisselbeeren mit Zucker gemischt, Pfd. 7⁰⁰

Rotwurst Pfd. 14⁵⁰
Landleberwurst Pfd. 14⁰⁰
Sülzwurst Pfd. 14⁰⁰
Bauernmettwurst Pfd. 17⁰⁰
Rauchfleisch Pfd. 7⁰⁰

Büchlinge Pfd. 6⁰⁰
Fr. Goldbars 4. Kopf Pfd. 1⁰⁰
Leb. Karpfen Pfd. 12⁰⁰
 Vor der Zellerhöhung
Roh-Kaffee vorzög. Santos Pfd. 19⁰⁰

Harzer Käse Pfd. 9⁵⁰
Stangenkäse Pfd. 9⁵⁰
Spitzkäse Pfd. 9⁵⁰
la Camembert Schachtel 4⁰⁰
Pflaumenmus gezuck., Pfd. 5⁰⁰

Weizenmehl 1. K. Pfd. 3⁷⁵
Auszugsmehl 1. K. Pfd. 4⁷⁵
Kaffeemisch. 20% Kaffee, Pfd. 7⁰⁰
Tafelreis Pfd. 4⁰⁰
Nudeln Pfd. 7⁰⁰

Qualitäts-Apfelwein
 1/2 Flasche 5⁰⁰ 10 Flaschen 47⁵⁰
Oesterreich. Süßweine
 1/2 Liter Flasche 18⁰⁰ 5 Flaschen 90⁰⁰
Insel Samos
 1/2 Liter Flasche 18⁰⁰ 5 Flaschen 90⁰⁰
Alter Tarragona
 1/2 Liter Flasche 24⁰⁰ 10 Flaschen 225⁰⁰

1918er Montagna-Rotwein
 1/2 Flasche 10⁵⁰ 10 Flaschen 100⁰⁰
1919er Oberhaardter Malkammerer
 1/2 Flasche 12⁵⁰ 10 Flaschen 120⁰⁰
HERMANN

Weinbrand-Verschnitt
 1/2 Flasche 23⁰⁰ 1/2 Flasche 45⁰⁰
Deutscher Weinbrand
 1/2 Flasche 27⁰⁰ 1/2 Flasche 52⁰⁰
Halb und Halb
 1/2 Flasche 25⁰⁰ 1/2 Flasche 48⁰⁰
Vorzüglicher roter Johannisbeer-Wein
 1/2 Flasche 10⁵⁰ 10 Flaschen 100⁰⁰

Theater und Vergnügungen
Volksbühne
 Das Bestamt Die Komödie Der Verurteilten
Neues Volkstheater
 Alpendler Str. 68.
 Die Wildente
Staatstheater
 Opernhaus
 Der Ring der Nibelungen 2. Teil
 5 1/2 Uhr: Götterdämmerung Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die gefesselte Phantasie
Kleines Theater
 1/2 Uhr: Carola Teede in Fri. Ansetta — mein Fran
 Direkt.: Hilg Helander
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Heroborn, Heroborn
Kammerspiele
 8 Uhr: Der Bühnenhof
Großes Schauspielhaus
 Karlstraße
 7 1/2 Uhr: Die Hühner
Rönngräber Str.
 7.00 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue
 Erna Gildner, Richard, Engel, Ernst Fröckel, Stieda, Blüt
 7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Nanon Lescaut
 Schütz, v. Carl Sternheim
 Dröke, Jenßen, Birnbaum, Wildt, Grunze, Dornburg, Pöhlke, Rehkopf, Stupp, v. Zumbornoff
Romödienhaus:
 Täglich 8 Uhr:
 Der berleske Schmock:
Jonnys
Bausfreund
Hans Waßmann
Arnold Rieck

Schäm' Dich Lotte
 Eduard Lichtenstein a. G.
 Thalia-Theater * 1 1/2 Uhr
Täglich ausverkauft

L.T.L.
Luisen-Theater
 Lichtspiele
 Holtenberger Straße 24.
Parle des Orlanis
 mit Viggo Larsen, Gerda Teede, Hanna Teutehowa, Rolf Prasse.
Jacks Geheims
 mit d. Wunderschönen Jack, Fred. Programmwechsel!
 2 Ersatzführungen
 - Anfang 8 Uhr -
 Gr. Orchester.
 Sonntag Anfang 1/2 4 Uhr.

Circus Busch
 Tgl. 7 1/2, 9, 11, 12, 1.
Breitbart
 der Rotenbeißer
 10 Vorstellungen 10
 Eintritt. beschränkt!

Bandwurm
 mit Kopf verloren
 nach 1 1/2 Stunden durch Reichel's Bandwurmmittel. Mit je 7 Jahren an Bandwurm and hätte schon 6 Mittel erfolglos gebraucht. Es wurden bereits Tausende befreit!
 Mk. 10,- für Kinder Mk. 7,50 (Altersangabe)
 Otto Reichel, Berlin 46
 60, Eisenbahnstr. 4

Tüchtiger Registrator
 mit schöner Handschrift
 sofort gesucht
 Meldungen: 12-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends
 in der Personalverwaltung IV. Etage
A. Jandorf & Co.
 Belle-Alliance-Str. 1-2

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
 Der Seligen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Gottfried Kurz
 am 2. d. Mts. gestorben ist.
 Ihre feierlichen Abschiedsfeier
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. 10., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Friedrichstraße, aus statt.
 Reg. Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N 54, Vintenstraße 83-85
 Geschäftszeit von vor. 8 Uhr bis nachm. 4 Uhr
 Telefon: Amt Norden 155, 1299, 1987, 9714
Wichtig! **Wichtig!**
Betriebsräte der Hauptgruppe IV
 (Metallverarbeitung)
 Donnerstag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr
 in der Schulaula, Kopenplatz.
Verammlung
 aller aktiven Betriebsräte der Untergruppen 8, 9, 10, 11, 12, 13, welche im Deutschen Metallarb.-Verband organisiert sind.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
 Die Ortsverwaltung

Casino-Theater
Erzessenz Mager
 8 1/2, 11, 12, 1.
 Sonntag Anfang 1/2 4 Uhr.

Tüchtige Verkäuferinnen
 für die Abteilung
Betten u. Bettfedern
 sofort gesucht
 Meldungen: 12-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
 Charlottenburg
 Wilmersdorfer Straße 118/119

Erste Verkäuferin
 für Korsetts
 sofort gesucht
 Meldungen: 12-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
 Charlottenburg,
 Wilmersdorfer Str. 118-119

Säle frei! f. Festlichkeiten u. Verfammlg. in feinen Sälen. Besitzer: Gustav Genschki

Mikanithappen-
 Arbeiter oder Arbeiterinnen bei bestem Lohn sofort gesucht
MIKA G. m. b. H.
 Schmidtstraße 82
 Elternbescheid! Nicht bitten für eine Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Reichenhagen, „Der Elternbescheid“ 2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit“, Berlin Str. 5-9.

Pfandscheine, Brillanten Gold, Silber (Bruch) Platin, Zahngebisse
 Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
 Ankauf zum Auslandskurs
 Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
 Lothringer Str. 34

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung "Freiheit"
 Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit der wichtigsten einmal erscheinenden illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt" zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmönatl. bei freier Zustellung ins Haus

Ausschneiden!
 Dielesen Briefeffekte bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin G 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.
 Ort: _____
 Name: _____

A. Jandorf & Co.
 Charlottenburg
 Wilmersdorfer Straße 118/119

Anzüge, Schlüpfer
 in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
 Mk. 350,- bis 750,-
 Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
 Eigenes Atelier Solide Preise
 Imex G. m. b. H. Schiedplatz 1 a

21st Teilzahlung Anzüge
 Cutaways, Unter, Schlüpfer, Raglans, Schürzen, mod. Westen, Regen-, dicke Regenmäntel.
 Kein Laden Gottlieb
 Leiser
 Nollendorferstr. 22 a
 Sonntags 9-1
Gänsefedern
 flüßig, auch ungerissen, aus erster Hand.
 Paul Paepelow
 Wilmers 12 Markt.
Altmetalle
 alle hohe Preise. Oberberger Str. 1, Weinländer Str. 107, 1. Hof, Keller.

Ausschneiden!
 Durch frühzeitige große Einkäufe sind wir in der Lage, heute noch Preise zu stellen, die in Anbetracht des Waren-Marktes als „sensationell“ zu bezeichnen sind
Kreuzfüchse
 Silber-, Zobel-, Alaska-füchse, Wölfe, seltene Prachtexemplare an
Sealmäntel, Sport- u. Gehpelze KONKURRENZLOS BILLIG
Brunnenstraße 5 direkt am Rosenthaler Tor

Sensationelle 3 Sonder-Tage
Donnerstag, 13. 10. Freitag, 14. 10. Sonnabend, 15. 10.
Schlüpfer u. Raglans allerneueste Modelle, Frachten-Mod. 450, 500, 600
Schlüpfer aus prima Fasern, erstklassige Maßarbeit, Lederknöpfe 600, 700, 800, 900
Paletots Bareage, auf Seiden-Satinella 500, 700, 900
Anzüge wunderbare Fassons 400, 450, 500
Anzüge Ersatz für Maß, a. erstklassig, 1. T. eogl. Maßstoffen, Rohhaar-Friedensverarb. 600, 700, 800, 900
Cutaways unerreicht in Qualität und Arbeit 650
Eigene Selbstverarbeitung!
Leihhaus
 Brunnenstraße 5 direkt am Rosenthaler Tor
 Keine Lombardware

